

DRINGLICHE RESOLUTION

der UDC-Fraktion, durch die Grossräte Charles Clerc, Roger Ecoeur, Antoine Carraux (Suppl.) und Régis Perrin (Suppl.), betreffend: damit das Chablais kein Selbstbedienungsladen wird (04.05.2010) 2.080

Die Kriminalität kennt keine Grenzen. Die Grenzregionen wie das Chablais sind von den verschiedenen Formen der grenzüberschreitenden Kriminalität (organisierter Diebstahl, Ladenüberfälle usw.) besonders stark betroffen.

In seinen Erläuterungen hinsichtlich der Abstimmung vom 5. Juni 2005 hat der Bundesrat dem Schweizer Volk das Blaue vom Himmel versprochen, damit es den Beitritt zu den Abkommen von Schengen/Dublin annimmt. "Sicherheit der Aussengrenzen und totale Bewegungsfreiheit innerhalb des Schengen-Raums", so lauteten die – ach so naiven – Argumente, mit denen man uns diesen Beitritt verkauft hat, der sich nun zu einem noch nie dagewesenen Sicherheitsdesaster entpuppt.

In der Theorie ist die Idee verlockend. Es nützt aber nichts, den Hühnerstall mit einem soliden Gitter zu versehen, wenn der Fuchs bereits drin sitzt. Dies ist aber genau, was heute geschieht. Und wir sind die Hühner! Schengen hat die Einwohner des Chablais einer Form der Kriminalität preisgegeben, welche die Vorteile der Aufhebung der Grenzen sehr gut zu nutzen weiss. So berichtet die Presse täglich über Delikte, die meist von Verbrechern aus dem Ausland begangen werden. Es gibt keine Grenzen mehr, also braucht man bloss zuzugreifen. Den grössten Schengen-Befürwortern zum Trotz sind die Fakten eindeutig. Die Bürger, die darunter leiden, wissen es nur allzu gut. Das System ist in einem solchen Ausmass gescheitert, dass die Chefin der Genfer Kantonspolizei, Monica Bonfanti, sogar öffentlich zugegeben hat, dass die Schweiz durch ihren Beitritt zum Schengen-Raum ein Instrument für die Repression der Kriminalität verloren hat.

Angesichts dieses ernststen Problems wird die SVP nicht ruhen, bis der Kanton und der Bund endlich die für die Bekämpfung dieser grenzüberschreitenden Kriminalität geeigneten Mittel einsetzen. Ein chinesisches Sprichwort besagt nämlich: "Nicht das Unkraut erstickt das Korn, sondern die Nachlässigkeit des Landwirts". Der Staatsrat muss reagieren solange es noch Zeit ist und bevor die Situation völlig aus dem Ruder läuft. Die Einwohner der Grenzregionen haben genauso wie alle übrigen Schweizer Bürger ein Anrecht darauf, dass ihre Sicherheit sowie jene ihrer Güter gewährleistet wird.

Die Sicherheit unserer Grenzen ist ein Aspekt der Aussenpolitik und erfordert daher ein verstärktes Engagement des Bundes. In diesem Sinne fordern wir den Staatsrat auf, bei den Bundesbehörden (Regierung und Parlament) zu intervenieren, damit:

- kurzfristig die Mittel für die Überwachung der Grenzen im Chablais verstärkt werden (Erhöhung der Bestände des Grenzwachtkorps in diesem Sektor und gegebenenfalls Einsatz der Armee);
- allgemein die Bestände des Grenzwachtkorps massiv erhöht werden – die unerwünschten Folgen von Schengen betreffen leider nicht nur das Chablais;
- nicht nur die Auswirkungen, sondern auch die Ursachen bekämpft werden und die Zweckmässigkeit einer Kündigung der Schengen-Abkommen geprüft wird.

Die Aktualität des Gegenstands dieser Resolution ist offensichtlich: Jeden Tag sorgt ein neuer Einbruch im Chablais für Schlagzeilen. Für einen Grossteil der Schweizer, die an die Versprechen von 2005 geglaubt haben, war es unvorhersehbar, dass der Beitritt zum Schengen-Raum nicht die Sicherheit verstärken, sondern vielmehr zu diesem Sicherheitsdesaster mit seinen täglich sichtbaren Auswirkungen führen würde. Was die Notwendigkeit einer umgehenden Reaktion oder Massnahme anbelangt, so ergibt sie sich aus der steigenden Unzufriedenheit der Bevölkerung des Chablais angesichts der Untätigkeit der

Behörden und des Mangels an Mitteln, welche für die Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität eingesetzt werden.

Sitten, den 4. Mai 2010
(09.00 Uhr)

UDC-Fraktion, durch
Charles Clerc, Grossrat
Roger Ecoeur, Grossrat
Antoine Carraux, Grossrat (Suppl.)
Régis Perrin, Grossrat (Suppl.)